

Statistik- und Schadenverhütungsarbeit in der Versicherungswirtschaft nach der GVO 2010

Karen Bartel,
Leiterin Aufsichts-, Gesellschafts-, Kartellrecht und Compliance,
GDV

Agenda

- Einführung
- Statistikarbeit allgemein
- Schadenbedarfstatistiken
- Studien
- Schadenverhütungsarbeit

Einführung

Einführung – GVO Versicherungswirtschaft 2010 (I)

■ Verordnung (EG) Nr. 358/2003 („**GVO 2003**“) hat bis zum 31. März 2010 erfasst:

- Statistikarbeit (Schadenbedarfstatistiken, Studien, Tabellen)
- Musterversicherungsbedingungen / Modelle zur Darstellung von Überschussbeteiligungen
- Mitversicherungsgemeinschaften
- Sicherheitsvorkehrungen

■ Verordnung (EU) Nr. 267/2012 („**GVO 2010**“) erfasst ab 1. April 2010 nur noch:

- **Statistikarbeit** (Schadenbedarfstatistiken, Studien, Tabellen)
- **Mitversicherungsgemeinschaften.**

Vergleich GVO 2003 – GVO 2010

■ GVO 2010 **erfasst nicht** mehr:

- **Musterversicherungsbedingungen/ Modelle zur Darstellung von Überschussbeteiligungen**
- **Sicherheitsvorkehrungen**

Einführung – Verhältnis GVO zum allgemeinen Kartellrecht (II)

- GVOs gelten unmittelbar und uneingeschränkt in den Mitgliedstaaten der EU.
- Im Vergleich zu Artikel 101 Abs. 3 AEUV sind GVOs aber „nur“ Sekundärrecht.
 - GVOs können daher zwar Vorgaben für eine Einzelfreistellung konkretisieren, nicht aber ändern!

Einführung – Verhältnis GVO zum allgemeinen Kartellrecht (III)

■ Erwägungsgrund 8 der GVO 2010:

„Es wird **nicht** vermutet, dass Vereinbarungen, die nicht unter diese Verordnung fallen, unter Artikel 101 Absatz 1 AEUV fallen oder die Voraussetzungen von Artikel 101 Abs. 3 AEUV nicht erfüllen.“



- GVO begründet **nicht** die Vermutung, dass
 - Vereinbarungen, die von ihr erfasst sind,
 - Vereinbarungen, die von ihr nicht erfasst sind, weil sie entweder
 - nicht (mehr) in ihren Anwendungsbereich fallen oder
 - aber die in der GVO genannten Voraussetzungen nicht erfüllen,unter **Art. 101 Abs. 1 AEUV fallen** oder die Voraussetzungen **des Art. 101 Abs. 3 AEUV nicht erfüllen**.

Einführung – Vorteile der GVO 2010 (IV)

- GVO 2010 stellt einen gewissen „Safe Harbor“ für die Unternehmen dar.
- Die Einzelfreistellungs Voraussetzungen des Art. 101 Abs. 3 AEUV bzw. des § 2 GWB sind ungleich komplexer als die Voraussetzungen der GVO 2010.
- Insgesamt größere Rechtssicherheit durch die GVO 2010.
 - Dies ist wichtig, da die Versicherungswirtschaft stärker als andere Bereiche auf eine Zusammenarbeit angewiesen ist, um Leistungen im Wettbewerb überhaupt anbieten zu können.

Statistikarbeit allgemein

Warum GVO 2010 im Bereich der Statistikarbeit?

- Die EU-Kommission hat im Konsultationsverfahren 2008 drei Fragen gestellt:
 - Weist die Versicherungswirtschaft im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen Besonderheiten auf, die eine stärkere Zusammenarbeit erforderlich macht?
 - Falls ja, rechtfertigt dies ein rechtliches Instrument zum Schutz oder zur Erleichterung der Zusammenarbeit?
 - Falls ja, welches Instrument ist für diesen Schutz am besten geeignet?
- Im Bereich der Statistiken hat die EU-Kommission diese drei Fragen mit „**Ja**“ beantwortet.
- Die EU-Kommission hat anerkannt, dass
 - die Risikokalkulation bei den Versicherungsprodukten ein wesentliches Element der Preisfestsetzung ist und dies den Versicherungssektor von anderen Bereichen unterscheidet.
 - die Zusammenarbeit in diesem Bereich für die Versicherungswirtschaft sowohl spezifisch als auch notwendig ist, um die Kosten von Risiken kalkulieren zu können (Stichwort „**Gesetz der großen Zahl**“).

Anwendungsbereich der GVO 2010 im Bereich der Statistiken

- Gem. Art. 2 GVO 2010 sind folgende 3 Bereiche von der Gruppenfreistellung erfasst:
 - Erhebungen (**Schadenbedarfstatistiken**)
 - Tabellen (Sterbetafeln)
 - **Studien**
- Allgemeine Marktstatistiken sind, wie bisher, nicht Gegenstand der GVO 2010.
- Die Freistellungsvoraussetzungen sind in Art. 3 und 4 GVO 2010 geregelt.
- Die Definition des Freistellungstatbestandes und der Freistellungsvoraussetzungen richten sich weitgehend nach der GVO 2003.
- In einzelnen Punkten hat es allerdings Änderungen ergeben.
 - **Wichtigste Änderung ist die Zugangsgewährung von Verbraucher- und Kundenverbänden als Freistellungsvoraussetzung.**

Schadenbedarfstatistiken

Schadenbedarfstatistiken – Freistellungstatbestand

- Nach der GVO 2003 freigestellt war die gemeinsame Erstellung, Anerkennung und Bekanntgabe von Berechnungen von Durchschnittskosten für die Deckung eines genau beschriebenen Risikos in der Vergangenheit.
- Nach der GVO 2010 freigestellt ist die gemeinsame Erhebung und Verbreitung von Daten, die erforderlich sind für die Berechnung von Durchschnittskosten für die Deckung eines genau beschriebenen Risikos in der Vergangenheit.

Vergleich GVO 2003 – GVO 2010

- Der Begriff „Berechnungen“ ist in den Begriff „Erhebungen“ geändert worden.
- Mit dieser sprachlichen Neufassung ist aber **keine inhaltliche Änderung verbunden**, vgl.
 - Erwägungsgrund 9 GVO 2010 („die auch statistische Berechnungen einschließen kann“)
 - Erwägungsgrund 10 GVO 2010 („...dass die Statistiken so ausführlich und differenziert erstellt werden...“)
 - Freistellungsvoraussetzungen in Art. 3 Abs. 1 lit. a) und b) GVO 2010

Schadenbedarfstatistiken – Zugangsgewährung

■ Wie bisher, Art. 3 Abs. 2 lit. d) GVO 2010 :
Es sind allen **Versicherungsunternehmen**, die ein Exemplar erbitten, die Statistiken zu angemessenen und diskriminierungsfreien Konditionen und erschwinglichen Preisen zur Verfügung zu stellen. Dies gilt auch für solche Unternehmen, die nicht auf dem räumlichen oder sachlichen Markt tätig sind.

■ **Neu und zusätzlich**, Art. 3 Abs. 2 lit. e)
GVO 2010:

Verbraucher- und Kundenorganisationen sind die Statistiken zu angemessenen und diskriminierungsfreien Konditionen und erschwinglichen Preisen zur Verfügung zu stellen. Voraussetzung ist, dass spezifische und präzise Zugangsanträge gestellt werden, für die ordnungsgemäß gerechtfertigte Gründe bestehen. Ausnahme: Die Nichtoffenlegung ist aus Gründen der öffentlichen Sicherheit objektiv gerechtfertigt.

Schadenbedarfstatistiken – Zugangsgewährung für Verbraucher- und Kundenorganisationen (I)

■ Zugangsgewährung ist Voraussetzung für Freistellung nach der GVO 2010

- Art. 3 Abs. 2 lit. e) GVO 2010 verschafft Kunden- und Verbraucherorganisationen aber keinen selbstständigen einklagbaren Zugangsanspruch.

■ Verbraucher- und Kundenorganisationen als Begünstigte

- „Verbraucher“ = Endverbraucher
- „Kunden“= sonstige (Unternehmens-)Kunden
- Einschränkung auf Organisationen, die ausschließlich spezifische Interessen der Versicherten vertreten?

■ Adressat der Zugangsgewährung

- Verbände etc., die die Daten erheben, auswerten und verbreiten, oder
- auch einzelne Versicherungsunternehmen?

Schadenbedarfstatistiken – Zugangsgewährung für Verbraucher- und Kundenorganisationen (II)

■ Voraussetzung für den Zugang:

- Spezifische und präzise Zugangsanträge, für die ordnungsgemäß gerechtfertigte Gründe bestehen.
 - Ist hiermit eine qualitative Einschränkung der Zugangsberechtigung nur für den Fall eines besonderen oder überwiegenden Interesses verbunden?
- Ein Anspruch auf Zugang soll nur dann nicht bestehen, wenn die Nichtoffenlegung aus Gründen der öffentlichen Sicherheit objektiv gerechtfertigt ist.
 - Beispiele in Erwägungsgrund 11 GVO 2010: Daten, die sich auf die Sicherheit von Kernkraftwerken oder Schwachstellen von Hochwasserschutzsystemen beziehen.

Schadenbedarfstatistiken – Zugangsgewährung für Verbraucher- und Kundenorganisationen (III)

■ Zugangskonditionen

- Der Zugang ist zu angemessenen und diskriminierungsfreien Konditionen und erschwinglichen Preisen zu gewähren.
 - Was sind angemessene und diskriminierungsfreie Konditionen?
 - Was sind erschwingliche Preise?
Zählen hierzu auch Sowieso-Kosten für die Erstellung der Statistik?

Schadenbedarfstatistiken – Zugangsgewährung für Verbraucher- und Kundenorganisationen (IV)

Wettbewerbsrechtliche Rechtfertigung des Zugangsrechtes?

■ Erwägungsgrund 11 GVO 2010:

Auch für Verbraucher- und Kundenorganisationen könne der Zugang von Interesse sein.

■ EU-Kommission erläutert nicht, worin dieses Interesse bestehen könnte.

Schadenbedarfstatistiken – Freistellungsvoraussetzungen (I)

Die übrigen Freistellungsvoraussetzungen in Art. 3 und 4 GVO 2010 sind im Wesentlichen unverändert geblieben:

- Ziel muss es sein, dass im Ergebnis eine statistisch auswertbare Größe entsteht und **u. a.** Folgendes beziffert werden kann:
 - Anzahl der Schadenfälle in dem festgelegten Zeitraum,
 - Anzahl der in dem Beobachtungszeitraum in jedem Risiko-Jahr versicherten einzelnen Risiken,
 - Gesamtheit der innerhalb dieses Zeitraums aufgrund der aufgetretenen Schadenfälle geleisteten oder geschuldeten Zahlungen,
 - Gesamtbetrag der Versicherungssummen pro Risiko-Jahr während des gewählten Beobachtungszeitraums.
- Die Statistiken müssen auf der Zusammenstellung von Daten beruhen, die sich auf eine als **Beobachtungszeitraum** gewählte Anzahl von Risikojahren beziehen.
- Die Zusammenstellung der Daten muss **identische oder vergleichbare Risiken** in ausreichender Zahl betreffen.
- Die Statistiken müssen so **detailliert** sein, wie dies versicherungstechnisch **angemessen ist**.
- **Neu, aber nur Klarstellung:** Der Informationsaustausch muss zum Zwecke der Erstellung der Statistik erforderlich sein.

Schadenbedarfstatistiken – Freistellungsvoraussetzungen (II)

- Die Statistiken dürfen folgende Parameter unter keinen Umständen enthalten:
 - Sicherheitszuschläge, Erträge aus Rückstellungen, Verwaltungs- und Vertriebskosten, Steuern oder sonstige Abgaben, Investitionserlöse.
 - Hinweis auf Bruttoprämien.
- Die Schadenbedarfstatistiken sind
 - zu **anonymisieren** und
 - mit einem **Unverbindlichkeitshinweis** zu versehen.
- Die Unternehmen dürfen sich nicht verpflichten, keine anderen Statistiken zu verwenden oder nicht von deren Ergebnissen abzuweichen.

Studien

Studien

- Wie bisher ist die gemeinsame Erstellung von Studien gruppenweise unter bestimmten Voraussetzungen freigestellt.
- Studien sind in Art. 2 lit. b) GVO 2010 wie folgt definiert:

*„Studien zu den wahrscheinlichen Auswirkungen allgemeiner Umstände, die außerhalb des Einflussbereichs der betreffenden Unternehmen liegen, auf die Häufigkeit oder das Ausmaß von **künftigen** Forderungen bei einem bestimmten Risiko oder einer bestimmter Risikoparte oder auf den Ertrag verschiedener Anlageformen.“*

- Anders als Statistiken enthalten Studien Prognosen für die Zukunft.
- Im Gegensatz zu den Erhebungen dürfen Studien auch (nicht unternehmensindividuelle) Sicherheitszuschläge enthalten (z. B. solche, die aus dem Versicherungsaufsichtsrecht folgen).
- Die Freistellungsvoraussetzungen sind unverändert geblieben.
- **Neu: Zugang für Verbraucher- und Kundenorganisationen**

Schadenverhütungsarbeit

Rechtslage unter der GVO 2003

- Der Bereich von Sicherheitsvorkehrungen (inklusive deren Einbau und Wartung sowie Prüfung und Zertifizierung) war unter bestimmten Voraussetzungen gruppenweise freigestellt.
- Sicherheitsvorkehrungen = Technische Geräte und Anlagen zur Schadenverhütung und Schadenminderung.

Warum keine GVO 2010 bei den Sicherheitsvorkehrungen?

- Die EU-Kommission die versicherungsspezifische Notwendigkeit der Zusammenarbeit in diesem Bereich **nicht** anerkannt.
Gründe u. a.:
 - Es gebe auch in anderen Bereichen Standardisierungen.
 - Selbsteinschätzung angemessener, da die Zusammenarbeit Anlass zu wettbewerbsrechtlichen Bedenken geben kann.
- GDV hat auch in diesem Bereich GVO gefordert:
 - versicherungsspezifische Situation, da Sicherheitsvorkehrungen Grundlage für risikogerechte Prämien sind.
 - Förderung freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs durch GVO:
 - Freigestellte Arbeit oft Grundlage für harmonisierte Vorschriften.
 - GVO hat offenen Zugang für Hersteller zum Markt sichergestellt.

Neue Rechtslage ab 1. April 2010

- Zusammenarbeit in diesem Bereich auf Grundlage der allgemeinen kartellrechtlichen Regelungen.
- Orientierungshilfe durch **Horizontalleitlinien der EU-Kommission** vom 14. Januar 2011.
 - Normungsarbeit der Versicherungswirtschaft ist in **Kapitel 7** der Horizontalleitlinien geregelt (Kapitel zu „Vereinbarung über Normen“).
 - In Kapitel 7 ist ein Beispiel zur Normungsarbeit in der Versicherungsbranche aufgenommen worden (Rz. 328).

Neue Rechtslage ab 1. April 2010

■ Nach den Horizontalleitlinien ist keine Wettbewerbsbeeinträchtigung gegeben, wenn

- für alle interessierten Kreise eine uneingeschränkte und transparente Beteiligung am Erarbeitungsprozess besteht;
- ein offenes und transparentes Verfahren für die Annahme der betreffenden Prüfgrundlagen gewährleistet ist;
- Dritte Zugang zu den Prüfgrundlagen zu fairen, zumutbaren und diskriminierungsfreien Bedingungen haben; Zugangsbeschränkungen sind dann zulässig, wenn es sich aus rein technischer Sicht um sicherheitsrelevante Informationen handelt;
- sachlich die Kriterien der Objektivität, Angemessenheit und Nicht-Diskriminierung gewahrt werden;
- keine direkte oder indirekte Verpflichtung zur Berücksichtigung der Prüfgrundlagen besteht.